

Spät aber nicht zu spät

Memorandum N°27
April 2016

Lange hat Deutschland im Dornröschenschlaf der wehrpolitischen Unschuld vor sich dahin gedämmert. Währenddessen wurde dem Land insbesondere von seinen linksrheinischen Nachbarn eingeredet, das Heil Europas liege in der rüstungswirtschaftlichen Kooperation mit Frankreich. Dass sich in Folge dieser Pariser Propagandaoffensive mittlerweile schon niemand mehr daran stört, dass Airbus seinen Hauptsitz in Toulouse hat und unter einem deutschen CEO – mit amerikanischen Allüren – vollständig unter französischen Einfluss geraten ist, spricht Bände. Auch die Mutation der in Deutschland verbliebenen Standorte macht munter Fortschritte. Wo einst entwickelt und geforscht wurde, soll nach französischen Überzeugungen demnächst nur noch produziert und vertrieben werden. Allein die Standortinteressen der Länder, insbesondere in Hamburg-Finkenwerder und Donauwörth leisten hinhaltenden Widerstand. Die großspurige Ankündigung der Koordinatorin für Luft- und Raumfahrt, der nächste Airbus müsse in Hamburg entwickelt werden, war ein Beleg für die deutsche Ignoranz der Machtverhältnisse im Airbuskonzern. Deutschland ist endgültig zum Juniorpartner geworden und Frankreich fühlt sich ausweislich der Vertragsunterzeichnungen bei Großgeschäften im Élysée-Palast als Herr im Hause. Dass es den Franzosen gelungen ist, ein urdeutsches Unternehmen wie Krauss-Maffei Wegmann in eine Ehe mit dem Arsenalproduzenten Nexter, der 85 % des Umsatzes mit dem französischen Staat tätigt, zu locken, können die Pariser Machthaber immer noch nicht fassen. Aber auch im Bereich der Raumfahrt feiert der französische Militärmerkantilismus seine Erfolge: Airbus schickt sich an, zusammen mit dem Triebwerkshersteller Safran, den Betreiber und Hersteller der europäischen Trägerrakete Arianespace, vollständig zu konzernieren. Dann hätten die Mitaktionäre und Hersteller von Satelliten-Schlüsselementen wie RUAG, Avio, Thales Alenia System und OHB langfristig den Wettbewerbsnachteil gegenüber einem Satellitenhersteller wie Airbus, im Wettbewerb auftreten zu müssen, der gleichzeitig über ihren Zugang zum Weltraum entscheidet.

Die französische Strategie ist also für unromantische Beobachter sonnenklar: Nur Monopolsituationen in Europa vermögen der französischen Wehrwirtschaft die hinreichenden Absatzmärkte zu sichern. Während so die EU zu einem Absatzhinterland der französischen Wehrwirtschaft wird, sollen die verbliebenen europäischen Wettbewerber in französisch dominierten Unternehmensverbindungen aufgehen.

Im Deutschen Bundestag hat sich angesichts dieser Entwicklung in der CDU/CSU Fraktion eine Initiative gebildet. Sie umfasst alle Abgeordneten, in deren Wahlkreisen die Rüstungsindustrie über Standorte verfügt. Der ehemalige Oberst *Kiesewetter* hat zur Gründung dieses rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreises aufgerufen und scheint bei seinen Kollegen auf Interesse gestoßen zu sein. Glücklicherweise wird dieses Interesse nicht nur von seinen Fraktionskollegen geteilt.

Vielmehr scheinen an den Vernunftsrändern anderer Fraktionen wie SPD und Grüne hellsichtige Individualisten die Initiative zu begrüßen. Es ist zu hoffen, dass durch die Bildung eines solchen Brückenkopfes im deutschen Parlament der Konnex zwischen Rüstungswirtschaft und Souveränität erkannt wird und somit die industriellen Voraussetzungen deutscher Souveränität besser zerniert werden. Somit könnte der Placebo-Politik der gegenwärtigen Amtsinhaberin *von der Leyen* endlich mit einem deutlichen Kontrapunkt begegnet werden.